

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 99/39
Telex: 8 88 948 ppbn d
Telefax: 21 06 84



Inhalt

Ernst Waltemathe MdB
zum Jahrestag des
Putsches gegen den
gewählten Präsidenten
Salvador Allende: Dem
demokratischen Chile
beim Neuanfang hel-
fen.

Seite 1

Heidemarie Wiczorek-
Zeul MdB zum Erfor-
dernis rechtlicher
Gleichstellung und
Hilfe: Ein-Eltern-Fam-
ilien nicht als Rand-
gruppen behandeln

Seite 3

Dr. Brunhilde Peter zu
einer Initiative des
Saarlandes und Ham-
burgs und dem bun-
desweiten Echo darauf:
Vorstoß gegen 470-DM-
Jobs.

Seite 4

Horst Niggemeier MdB
zu Diskussionen zwi-
schen IGBE und ÖTV:
Der Weg zur gesamt-
deutschen Gewerk-
schaftsbewegung.

Seite 5

45. Jahrgang / 173

10. September 1990

Dem demokratischen Chile beim Neuanfang helfen Zum Jahrestag des Putsches gegen den gewählten Präsi- denten Salvador Allende

Von Ernst Waltemathe MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Chile der SPD-Bundestagsfrak-
tion

Chile gedenkt in diesen Tagen in Trauer des blutigen Militärputsches vom 11. September 1973. Mehr als 16 Jahre Unterdrückung des eigenen Volkes, Mord und Totschlag, Verschwindenlassen von Regimegegnern, Folter.

Internationale Solidarität hat wenigstens dafür gesorgt, daß die Menschenrechtsverletzungen publik und umfangreich dokumentiert wurden.

Chile hat es aber auch und in erster Linie selbst geschafft, das Militär in die Kasernen zurückzuschicken und ein parlamentarisches und demokratisches Regierungssystem wiederzubegründen.

Am 5. Oktober 1988 sagte das Volk mit Mehrheit "Nein" zu einer Präsidentschaftskandidatur von General Pinochet.

Und am 14. Dezember 1989 sind aus freien Wahlen als neuer Präsident Patricio Aylwin

- eine Abgeordneten-Kammer mit 72 Pinochet-Gegnern von 120 Abgeordneten
- und ein Senat mit 22 Pinochet-Gegnern von 38 Senatoren hervorgegangen.

Seit sechs Monaten befinden sich diese Institutionen einschließlich einer demokratisch legitimierten Regierung im Amt.

Wenn nicht Kraft Verfassung Pinochet und das Militär noch bestimmte Einflüsse auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Senat (neun zusätzliche vom Militär "eingesetzte" Senatoren) hätten, wäre schon fast von einer vollständigen Demokratisierung die Rede.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung
zur
Kaufverpflichtung
Kaufverpflichtung



Internationale Solidarität ist auch jetzt gefragt und besonders nötig.

So sehr wir 16 Jahre lang jede Hilfe an den chilenischen Staat abgelehnt haben, so vehement sind wir dafür eingetreten, jetzt nach Wiederherstellung der Demokratie spürbare Beiträge zu leisten für einen sozialen, ökonomisch vernünftigen, ökologischen und menschenrechtlichen Neuanfang.

So ist zu begrüßen, daß zwischen Bundesregierung und chilenischer Regierung ein Rahmenabkommen über finanzielle und technische Zusammenarbeit mit einem Gesamtvolumen von DM 111 Millionen am 3. August 1990 abgeschlossen wurde. Dies ist ein erster, nicht kleinlich bemessener Schritt zur Wiederbelebung einer vertrauensvollen Beziehung.

Es ist positiv, daß Bundestag und chilenisches Parlament die Aufnahme einer parlamentarischen Zusammenarbeit vereinbart haben. Nicht nur sind die Deutschen damit die ersten, die damit Chile die Bildung von bilateralen Parlamentariergruppen angeboten haben, wichtiger noch ist für die Chilenen, daß ihr Mißtrauen, wir würden uns angesichts der deutsch-deutschen und (ost-)europäischen Lage nur noch mit den eigenen Problemen beschäftigen, abgebaut wurde.

Internationale Hilfe zu den Eigenanstrengungen Chiles ist unerlässlich, weil

- Gewerkschaften neu aufgebaut werden müssen
- soziale Defizite im Gesundheitswesen, im Erziehungswesen und beim Wohnungsbau beseitigt werden müssen
- ökologische Probleme, die auch uns bedrohen, durch eine wirtschaftspolitisch bedingte Ausbeutung natürlicher Ressourcen verursacht wurden
- die Bemühungen um die Wahrheit der letzten 16 Jahre und die Rehabilitierung der Opfer der Diktatur auch eine internationale Aufgabe sind
- die rückkehrwilligen Exil-Chilenen, die bei uns Aufnahme gefunden haben, eine Chance zum Neuanfang und zur Wiedereingliederung in Chile erhalten müssen
- die deutsch-chilenischen Beziehungen durch das deutsche Lager "Colonia Dignidad" belastet sind.

In bewundernswerter Disziplin und Ruhe sind die Chilenen darangegangen, Schritt für Schritt die Erblasten der Diktatur zu beseitigen. Aus eigener geschichtlicher Erfahrung wissen wir, daß wohlfeile Ratschläge von außen leichter zu haben sind als konsequente, behutsame kleine Schritte, die nicht aus Rachegefühlen, sondern aus Verantwortung für Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit zur Wiederversöhnung führen sollen.

Im Rahmen der tatsächlich gegebenen rechtlichen und politischen Möglichkeiten handeln die politisch Verantwortlichen Chiles und die Menschenrechtsorganisationen dort folgerichtig. Sie verdienen Vertrauen, und es bleibt die Hoffnung, daß auch den politischen Gefangenen des Pinochet-Regimes eine späte Gerechtigkeit widerfährt.

Dieser 11. September 1990 ist nicht nur ein Gedenktag, sondern auch ein Lichtblick für Chiles Zukunft.

(-/10.9.1990/ra/ks)

Ein-Eltern-Familien nicht als Randgruppe behandeln
Zum Erfordernis rechtlicher Gleichstellung und Hilfe

Von Heidi Marie Wleczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums
Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd

Die Ein-Eltern-Familien sollen rechtlich den herkömmlichen Familien gleichgestellt und als gleichwertige Familienform anerkannt werden. Alleinerziehende dürfen nicht länger als Randgruppe behandelt werden. In der Bundesrepublik gibt es bereits 1,8 Millionen Alleinerziehende, was einem Anteil von 17 Prozent an allen Familien entspricht; ähnlich sieht es im Bereich der heutigen DDR aus.

Die Leistungen, die Alleinerziehende für das Wohl ihrer Kinder erbringen, werden noch immer viel zu wenig von der Gesellschaft anerkannt. Nach wie vor werden Ein-Eltern-Familien am Typus der sogenannten Normalfamilie gemessen und als "unvollständig" eingestuft. Offene wie subtile Formen der Benachteiligung sind die Folge.

Die gerade bei vielen Mutterfamilien festzustellende schlechte materielle Situation hat ihre Ursache im frauendiskriminierenden Ausbildungs- und Arbeitsmarktsystem. Eine langfristige Verbesserung ihrer ökonomischen Existenzgrundlage kann nur erzielt werden, wenn die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt verbessert werden. Zu dieser Verbesserung und zu der überfälligen rechtlichen Gleichstellung müssen eine Reihe flankierender Maßnahmen kommen, so zum Beispiel:

- Die Umstellung des Steuersystems mit seiner einseitigen Bevorzugung der Ehe auf die Förderung familiärer Lebensformen insgesamt sowie eine Erhöhung des Kindergeldes auf mindestens 200 Mark;
- Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und bessere personelle und Sachausstattung von Kinderkrippen, Kindergärten und Kindertagesstätten;
- Ausweitung des Elternurlaubs auf drei Jahre mit entsprechender Arbeitsplatzgarantie;
- erhöhtes Erziehungsgeld für Alleinerziehende;
- bevorzugte Förderung Alleinerziehender in Maßnahmen der beruflichen Bildung mit entsprechender finanzieller Absicherung.

Gesetze und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie zur tatsächlichen Gleichstellung müssen für Gesamtdeutschland geschaffen werden. Die Situation der Frauen insgesamt darf durch die deutsch-deutsche Einigung nicht verschlechtert werden, vielmehr muß die jeweils beste frauenpolitische Lösung der jetzigen Einzelstaaten für Gesamtdeutschland übernommen werden.

(-/10.9.1990/rs/ks)

Vorstoß gegen 470-DM-Jobs

Zu einer Initiative des Saarlandes und Hamburgs und dem bundesweiten Echo darauf

Von Dr. Brunhilde Peter
Ministerin für Arbeit und Frauen des Saarlandes

Auf den gemeinsamen Antrag des Saarlandes und Hamburgs zur Abschaffung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse gab es - erfreulicherweise - bundesweit ein überwiegend positives Echo.

Noch vor offizieller Verhandlung des Antrages bei der nächsten Arbeits- und Sozialminister-Konferenz vom 12. bis 14. September 1990 in Karlsruhe haben die öffentlichen Reaktionen gezeigt, daß viele Organisationen und politische Gruppierungen einen solchen Vorstoß zur Streichung der sogenannten 470-DM-Jobs unterstützten. Grundsätzlich positiv stehen zum Beispiel der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, die Grünen, die SPD-Bundestagsfraktion, die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Bremen, die Sozialistische Fraktion des Europa-Parlamentes, die Katholische Arbeitnehmerbewegung und die Katholischen Frauen Deutschlands diesem saarländischen Vorstoß gegenüber.

In zahlreichen persönlichen Schreiben bekundeten betroffene Frauen ihr Interesse an der Abschaffung der "Geringfügigkeitsgrenze". In einem Brief, stellvertretend für viele, heißt es:

"Der Bewerberkreis bei Teilzeitbeschäftigung ist so groß, daß Gehaltsforderungen nicht mehr gestellt werden können, sie werden vom Arbeitgeber diktiert und landen oft genug bei der 470-DM-Grenze. Es heißt dann, Überstunden können abgebummelt werden oder das Geld bekommt man bar auf die Hand gezahlt. Das gleiche erlebt man bei Verkäuferinnen, die alle unglücklich sind über ihre Lage..."

Die antragstellenden Länder erkennen trotz breiter Zustimmung auch die Probleme der Sozialversicherungspflicht geringfügiger Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse an. Die Wohlfahrtsverbände beispielsweise wickeln einen Teil ihrer Aufgaben hauptsächlich mit Hilfe der "470-DM-Kräfte" ab. Müssen sie zusätzliche Sozialabgaben erbringen, können einige dieser gesellschaftlich notwendigen und wertvollen Arbeitsfelder nur noch mit Mehrkosten abgedeckt werden. Diese müßten dann mit anderen Förderungen der Wohlfahrtsverbände abgedeckt werden.

In der Mehrzahl stehen Frauen in diesen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Bezieht man sie in die Sozialversicherungssysteme ein, kann erreicht werden, daß vor allem Frauen Ansprüche, die aus verschiedenen Lebensabschnitten in unterschiedlicher Höhe erworben werden, so miteinander koppeln können, daß ihnen daraus eine eigenständige soziale Sicherung erwächst.

Ein wichtiger Schritt zur eigenständigen sozialen Sicherung war die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenversicherungsrecht, die zumindest ansatzweise die gesellschaftliche Arbeit von Frauen in ihrer Altersversorgung berücksichtigt. Der nächste konsequente Schritt wäre die leistungsgerechte Behandlung von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen unter 15 beziehungsweise 18 Stunden. Frauen, deren Erwerbsbiographie eine andere als die der Männer ist, sind vielfach gezwungen, ihre Berufstätigkeit zu reduzieren; sie können nicht durchgehend vollzeitbeschäftigt sein. Dennoch muß gewährleistet sein, daß auch sie eine eigenständige und ausreichende soziale Sicherung erlangen können.

Mit der Anrechnung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse auf die Rente kommt man der Idee einer "Grundsicherung" ein Stück näher.

(-/10.9.1990/rs/ks)

Der Weg zur gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung
Zu Diskussion zwischen IGBE und ÖTV

Von Horst Niggemeier MdB

Sind die Gewerkschaften im DGB dabei, die historische Chance einer vom Mitgliederwillen geprägten Neustrukturierung einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu verspielen?! Diesen Eindruck gewinnen nicht wenige außenstehende und den Gewerkschaften wohlwollende Beobachter der aktuellen Diskussion - oder muß man schon sagen Auseinandersetzung? - die zwischen der IG Bergbau und Energie (IGBE) und der ÖTV geführt wird.

Anlaß ist die vom außerordentlichen IGBE-Kongreß am Wochenende in Duisburg beschlossene Satzungsänderung, mit der neben den Beschäftigten der Bergbauwirtschaft auch den in der Energie- und Wasserwirtschaft beschäftigten DDR-Arbeitnehmern der Verbleib in einer (!) Gewerkschaft ermöglicht wird.

Die DDR-Gewerkschaft IGBEW hat nach ihrer Loslösung vom FDGB auf ihrem 1. Kongreß vom 6. bis 8. April ihren festen Willen zu einem gewerkschaftlichen Neuanfang mit einem ausdrücklichen Bekenntnis 'zum Erhalt der einheitlichen Organisationsstruktur ihrer Industriegewerkschaft' bekundet und dem unmißverständlich hinzugefügt:

'Der Kongreß erteilt allen Versuchen, Beschäftigte aus ihrem Organisationsbereich herauszulösen, eine eindeutige Absage.'

Die Hauptvorstände von IGBE (West) und IGBEW haben - unter Einschluß der IG Wismut - bereits am 18. Juni in getrennten Sitzungen einstimmig beschlossen, mit dem 1. November die gewerkschaftliche Einheit zu vollenden. Das heißt im Klartext:

Zum 1. November werden alle bisherigen Mitglieder der IGBEW und IG Wismut (DDR) ihren Beitritt zur dann gesamtdeutschen IG Bergbau und Energie durch persönliche Unterschriftenleistungen erklären.

Bereits jetzt bestehen in der DDR sieben Bezirke entsprechend dem Organisationsaufbau der IGBE (West) mit IGBE-Ortsgruppen als organisatorischer Unterbau.

Gleichzeitig sind gemeinsam von IGBE (West) und IGBEW (DDR) in den vergangenen Monaten für die Bereiche von Bergbau, Energie- und Wasserwirtschaft Tarifverträge abgeschlossen worden.

Abgesehen von den eindeutigen Beschlüssen der Delegierten der IGBEW (DDR), sich mit der IGBE (West) zu einer gesamtdeutschen Gewerkschaft zu vereinen, ist die normative Kraft des Faktischen nicht zu übersehen, die sich aus der jüngsten Entwicklung der praktischen Beziehungen zwischen beiden Industriegewerkschaften ergeben hat.

Es wäre den Arbeitnehmern in der DDR-Bergbau-, Energie- und Wasserwirtschaft wohl kaum begreiflich zu machen, daß der von ihnen durch ihre demokratisch gewählten Delegierten beschlossene Einigungsprozeß mit der bundesdeutschen IGBE an den 1949 beschlossenen Organisationsgrenzen der DGB (im geteilten Deutschland) insofern scheitern soll, als ihre Kollegen aus der Energie- und Wasserwirtschaft wegen eben dieser DGB-Satzungsbestimmung von 1949 gegen ihren erklärten Willen der ÖTV einfach "übergeben werden" sollen.

Satzung hin, Satzung her. Abgrenzungsprobleme in den DGB-Gewerkschaften hat es immer gegeben. Also kein Grund zu künstlich aufgebauschter Aufregung. Der ÖTV zum Beispiel wird nichts genommen, was sie schon gehabt hätte. Den Arbeitnehmern in der DDR-Energie- und Wasserwirtschaft aber würde genommen, was sie sich in freier Willensentscheidung zum Ziel gesetzt haben: Eine einheitliche Industriegewerkschaft, wie das die erstmals demokratisch legitimierte IGBEW-Delegierten aus den Betrieben auf ihrem 1. Ordentlichen Kongreß in ihrer Satzung beschlossen haben.

Um eine weitere Zuspitzung dieser letztlich fruchtlosen Diskussion zu vermeiden, wäre es im Interesse der gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung wünschenswert, wenn mit viel Realitätsbezug und wenig Formalismus auf den demokratisch zustande gekommenen Mitgliederwillen in der IGBEW reagiert würde. Es gibt keinen Grund, dem DGB-Bundesvorstand diese Fähigkeit nicht zuzutrauen, zumal der neugewählte IGBE-Vorsitzende Hans Berger für die Satzungsänderung eine nachvollziehbare und überzeugende Begründung gegeben hat.

(-/10.9.1990/ra/ks)
